

K2FINAL Gerechte Gesellschaft

Gremium: Vorstand
Beschlussdatum: 27.10.2020

Text

Gerechte Gesellschaft

Die Uni als Ort einer inklusiven Bildung hat eine besondere Verantwortung, unsere vielfältige Gesellschaft abzubilden. Unsere Hochschule soll für uns deshalb ein Ort sein, an dem politische oder soziale Gleichheit gelebt wird. Als Studierendenschaft ist es unsere Aufgabe, marginalisierten Gruppen eine Stimme zu geben und Ungerechtigkeiten entschlossen und gemeinsam entgegenzutreten.

Wir sehen dafür den Abbau von Barrieren als unerlässlich an. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Geschlechtergerechtigkeit, für die wir als queerfeministische Hochschulgruppe besonders kämpfen. Zum anderen soll aber auch die allgemeine Ungleichheit verringert werden. Dazu sollen friedliche und inklusive Gesellschaften und starke Institutionen beitragen, zu welchen jede*r uneingeschränkten Zugang haben muss! Durch die Partnerschaft, Internationalisierung und Vernetzung tragen wir als Studierendenschaft und Universität zu einem Wissenstransfer und -austausch bei. So können wir von anderen Gruppen, Hochschulen und Ländern lernen!

Geschlechtergerechtigkeit:

Formulierung der UN zum SDG 5: „Geschlechtergleichstellung erreichen und Alle zur Selbstbestimmung befähigen.“

Was wir bisher geschafft haben:

Als queerfeministische Hochschulgruppe sehen wir uns der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet. Dabei verstehen wir Geschlechter nicht nur im binären System, sondern betrachten intersexuelle, nonbinäre, transsexuelle und queere Personen als selbstverständlichen Teil. Seit jeher besetzen wir daher, im Sinne dieser Gerechtigkeit, unsere Plätze in universitären und studentischen Gremien quotiert und setzen uns für quotierte Redelisten in allen Gremien ein. Im Studierendenparlament konnten wir in der letzten Wahlperiode eine solche quotierte Redeliste durchsetzen.

Auch haben wir uns in einem eigenen Antrag für Unisex-Toiletten, kostenlose Hygieneprodukte in allen Waschräumen und geschlechtsunabhängige Wickelmöglichkeiten für Studierende mit Kindern ausgesprochen.

Im AStA haben wir den Studierenden in den Toiletten bereits kostenlose Monatshygieneprodukte zu Verfügung gestellt und haben mit dem Gleichstellungsbüro zusammen dies auch für verschiedene Bibliotheken erreicht. Mit der Beauftragung „Studium mit Kind“, wollen wir die Vernetzung studierender Eltern durch das Studi-Kidz-Café weiter verstärken. Außerdem setzen sich die Beauftragten dafür ein, dass die Strukturen an der Uni so geändert werden, dass Studium und Kind nicht nur auf dem Papier miteinander vereinbar sind. In Kooperation mit dem Gleichstellungsbüro haben wir den Studi-Kidz-Zuschuss

39 angepasst. Dieser ist eine Möglichkeit zur Finanzierung von Babysitter*innen für
40 Studierende mit Kind

41 Im Rahmen einer großen Feminismus-Kampagne haben wir uns für Feminismus stark
42 gemacht und Studis für das Thema sensibilisiert. Auch haben wir durch
43 verschiedene Forderungen, im Rahmen dieser Kampagne, Aufmerksamkeit beim
44 Rektorat für das Thema geweckt.

45 Im AStA und im Studierendenparlament haben wir uns ebenfalls immer gegen
46 sexistische Äußerungen, wie z.B. durch den Pressesprecher der Uni, positioniert
47 und gezeigt, dass die Studierendenschaft offen und queerfeministisch ist!

48
49 Wir haben die Wahlordnung der Studierendenschaft geändert, damit kandidierende
50 Non-Binäre- und Trans-Personen auf ihren amtlichen Namen verzichten dürfen, wenn
51 sie noch keine offizielle Namensänderung durchbringen konnten. Bei der
52 diesjährigen Wahl werden sie zum ersten mal auf den Wahlzetteln bei dem Namen
53 genannt, den sie sich selbst gegeben haben.

54 Was wir noch tun wollen:

55 Wir fordern, die Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereich gleichwertig und
56 auf hohem Niveau auszustatten. Dies trägt dazu bei, dass die von den
57 Gleichstellungsbeauftragten geplanten Projekte besser umgesetzt werden können.

58 Weiter fordern wir die Einrichtung einer Sexismus-Beschwerdestelle, die auch
59 handlungsfähig ist. Hier können Vorfälle von Alltagssexismus, sexualisierter
60 Gewalt und übergriffigem Verhalten gemeldet werden. Die Person, die diese Stelle
61 besetzt muss Teil der von Sexismus primär betroffenen Gruppe sein und sollte
62 juristisches, sowie psychologisches Grundwissen haben. Die Stelle muss innerhalb
63 der Uni-Struktur angesiedelt sein, soll jedoch unabhängig arbeiten können.

64 Wir setzen uns dafür ein, dass FINT* (Frauen, inter, nichtbinäre und trans*)
65 Personen weiter gefördert werden. Hier spielt unserer Meinung nach die
66 Vernetzung von Studierenden, Doktorand*innen und Professor*innen eine zentrale
67 Rolle. Auf diese Weise können Vorbilder aufgezeigt und die Studierenden weiter
68 empowert werden.

69 Das Gleichstellungsbüro hat sich schon ausführlich mit der Verwendung
70 geschlechtergerechter Sprache auseinandergesetzt. Im Zuge dessen wurde ein
71 Katalog von Empfehlungen erarbeitet. Wir fordern die konsequente Umsetzung der
72 Empfehlungen und Tipps zur genderneutralen Sprache des Gleichstellungsbüros in
73 Arbeiten von Studierenden und Professor*innen. Hierzu sollen Einführungskurse
74 für alle Akteur*innen angeboten werden.

75 Im universitären Alltag werden wir immer wieder dazu aufgefordert uns einem
76 Geschlecht zuzuordnen. Für manche geschieht dies ohne einen zweiten Gedanken.
77 Wir solidarisieren uns jedoch mit allen queeren Menschen, die durch das binäre
78 Geschlechtersystem ausgeschlossen werden. Wir fordern, dass eine Anlaufstelle
79 für alle nicht-binären, alle transsexuellen und alle insexuellen Studierenden
80 eingerichtet wird. Dies kann z.B. in Form eines autonomen Referats geschehen.
81 Weiter setzen wir uns für den Bau von Unisex-Toiletten in allen Neubauten ein.
82 Hier sollen die Waschbecken direkt in der Toilettenkabine installiert werden.
83 Auf diese Weise wird zusätzlich ein kleiner Schutzraum für diskriminierte
84 Gruppen geschaffen.

85 In bestehenden Gebäuden sollen zusätzlich Unisex-Toiletten eingerichtet werden.

86 Außerdem wollen wir darauf hinwirken, dass Menschen, die ihren Vornamen abgelegt
87 und an ihre Geschlechtsidentität angepasst haben, an der Uni und in der
88 Gesellschaft auf keinen Fall mehr mit dem abgelegten Namen konfrontiert werden
89 dürfen.

90 Weiter fordern wir, dass bei allen neuen Investitionen auf Geschlechter-Fragen
91 Bezug genommen wird. Noch sind wir weit davon entfernt, die relativ
92 ausgeglichenen Geschlechterverhältnisse zu Beginn des Studiums
93 aufrechtzuerhalten. Ein Instrument, was dies langfristig ermöglicht, ist die
94 Kaskadenquotierung. Dies bedeutet, dass die Studienplätze nach FINT*-Plätzen und
95 offenen Plätzen geteilt werden. Die Anzahl der Studienplätze für FINT* im
96 Studiengang richtet sich dabei am Anteil der FINT* im vorangegangenen
97 Studiengang. Bei einem FINT*-Anteil von 40% im Bachelorstudiengang müssen so
98 mindestens 40% der anschließenden Masterstudienplätze für FINT* bereitgestellt
99 werden.

100 Die Repräsentation der Geschlechtervielfalt muss auch durch die Quotierung aller
101 Uni-Gremien erfolgen. Der AStA hat schon einen Schritt in die richtige Richtung
102 getan, indem er insgesamt quotiert besetzt wird. In Zukunft soll auch jedes
103 Referat quotiert werden und wir fordern von allen unseren
104 Koalitionspartner*innen ihre Plätze im AStA quotiert zu besetzen.
105 Wir setzen uns in allen Bereichen dafür ein, die Vielfältigkeit der Gesellschaft
106 abzubilden. Ausbaupotential sehen wir zum Beispiel im Kultursemesterticket und
107 den Kooperationspartner*innen. Wir wollen das Kultursemesterticket ausweiten und
108 Frauenteam der Sportvereine mit aufnehmen. Auf diesem Weg können wir
109 Frauensport in Bereichen männlicher Überrepräsentanz prominenter machen. Weiter
110 wollen wir zukünftig mehr auf die Repräsentation von FINT* Personen bei den
111 Kooperationspartner*innen achten und die Partner*innen vermehrt auf die
112 Verwendung genderneutraler Sprache hinweisen.
113 Wir stellen uns jeglicher Diskriminierung entgegen. Erste Schritte zum Erreichen
114 einer gerechten und offenen Gesellschaft stellen Bildung und Aufklärung dar. An
115 der Uni sollen diskriminierungsfreie Räume geschaffen werden. Der AStA soll hier
116 mit einem Diskriminierungsmelder vorangehen, um Diskriminierung an der Uni
117 sichtbar zu machen und so geschlossen dagegen vorgehen zu können.

118 Zentrale Forderungen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit:

- 119 • mehr Gelder für Gleichstellungsbeauftragte
- 120 • Sexismus-Beschwerdestelle einrichten
- 121 • Kaskadenquotierung bei der Vergabe der Master- und Promotionsplätze
- 122 • Verwendung und Kurse zu geschlechtergerechter Sprache
- 123 • Unisex-Toiletten in allen Neubauten

124 Weniger Ungleichheit:

125 Formulierung der UN zum SDG 10: „Ungleichheit [...] verringern.“

126 Was wir bisher geschafft haben:

127 Als antifaschistische Hochschulgruppe, ist uns die Bekämpfung rechter Tendenzen
128 und Orientierungen in der Studierendenschaft besonders wichtig. Mit der

129 geschaffenen Beauftragung Antifaschismus, wollen wir genau diese Aufgabe
130 erfüllen. Die wichtige Arbeit der Beauftragung haben wir im AStA und im
131 Studierendenparlament durch verschiedene weitere Aktionen unterstützt. Eine
132 angemessene Gedenkkultur bedingt auch, dass NationalsozialistInnen und
133 Faschist*innen nicht länger geehrt werden. Daher gehört für uns die Umbenennung
134 aller Straßen, Plätze und Gebäude, die nach diesen Personen benannt sind zu
135 einem kritischen und notwendigen Umgang mit unserer Vergangenheit! Insbesondere
136 haben wir uns dazu positioniert im Fall der Wilhelm-Klemm- und der
137 Apffelstaedtstraße.

138 Aber nicht nur gegen Faschismus haben wir uns gestellt. Auch den ausufernden
139 Antisemitismus, der in dem Anschlag auf die Synagoge in Halle und ein Jahr später
140 beim Angriff auf die Hamburger Synagoge seine traurigen Höhen hatte, bekämpfen
141 wir mit allen Mitteln! Die Beauftragung "Antisemitismus bekämpfen" und der
142 Unvereinbarkeitsbeschluss der Studierendenschaft mit der BDS-Bewegung sind
143 unsere Antwort, damit "Nie Wieder!", nicht nur ein leeres Bekenntnis ist,
144 sondern wir auch aktiv dafür kämpfen, dass Jüd*innen hier sicher leben können!

145 Burschenschaften und Verbindungen haben wir durch Anträge im
146 Studierendenparlament bekämpft! So haben wir uns für die Streichung der
147 Franconia, einer faschistischen und sexistischen Burschenschaft, aus der
148 Matrikel eingesetzt. Auch haben wir mit dem Reader "Studentenverbindungen in
149 Münster" schon länger eine Informations-Broschüre zu dem Thema umgesetzt. Damit
150 haben wir ein niedrigschwelliges Angebot für Studierende, sich selbstständig mit
151 dem Thema zu befassen.

152 Auch haben wir uns mit den Studierenden weltweit, besonders den Studierenden in
153 Hongkong und in Rojava solidarisiert, welche durch autokratische Staaten und
154 Diktator*innen in ihrem Leben und in ihrer Freiheit bedroht werden!

155 Mit dem Kultursemesterticket geben wir allen Studierenden die Möglichkeit,
156 unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, an der Kultur der Stadt
157 teilzuhaben. Wir evaluieren und erweitern die Angebote stetig und leisten so
158 einen großen Beitrag Barrieren und Hürden für finanziell und kulturell
159 benachteiligte Studierende abzubauen!

160 Was wir noch tun wollen:

161 Antisemitismus, Rassismus und Faschismus bekämpfen.

162 Wir setzen uns für eine antifaschistische Uni ein! Das beinhaltet sowohl eine
163 angemessene Gedenkkultur für die auch von Angehörigen der Universität Münster
164 begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kolonialismus, als auch
165 der Einsatz gegen heutige faschistische und militaristische Tendenzen sowohl an
166 der Uni als auch in der Stadtgesellschaft.

167 Ebenso muss über diese Personen kritisch berichtet werden. ProfessorInnen und
168 wissenschaftliche Mitarbeitende, welche direkt oder indirekt die
169 NationalsozialistInnen unterstützt haben, müssen klar benannt und kritisch
170 betrachtet werden.

171 Wo immer Nazis und Faschist*innen auftauchen, muss es oberste Pflicht sein ihnen
172 entgegenzutreten und ihnen zu zeigen, dass sie hier nicht willkommen sind. Daher
173 fordern wir, als antifaschistische Hochschulgruppe, ein entschiedenes Engagement
174 der Universität und der Studierendenschaft gegen solche Tendenzen. Die
175 Universität und Studierendenschaft muss sich, im Sinne der Demokratie und

176 Freiheit und im Gedenken an die Verbrechen des NS-Regimes, selber als
177 antifaschistisch begreifen!

178 Campusgrün setzt sich daher seit Jahren dafür ein, Wilhelm den II. als
179 Namensgeber der Universität zu streichen. Wir sind dagegen, dass ein Antisemit,
180 aggressiver Kolonialist, Demokratiefeind und Kriegstreiber mit dem Namen unserer
181 Uni geehrt wird. Den angestoßenen Aufarbeitungsprozess zur Benennung der Uni
182 wollen wir kritisch und konstruktiv begleiten. Wir fordern aber weiterhin, dass
183 das Rektorat und der Senat endlich konkrete Schritte unternehmen, die Streichung
184 des Namens umzusetzen und zügig zu erörtern, welche alternativen Möglichkeiten
185 zur Benennung es gibt.

186 Dazu gehört auch der Einsatz gegen Antisemitismus. Dieser ist auch 75 Jahre nach
187 Ende der Shoah ein massives gesellschaftliches Problem in Deutschland und
188 weltweit, gegen das wir uns weiterhin einsetzen wollen unabhängig davon ob es
189 sich um rechten oder linken, christlichen oder muslimischen, friedensbewegten
190 oder verschwörungstheoretischen oder einfach den Antisemitismus der bürgerlichen
191 Mitte handelt. Deshalb wollen wir sowohl das Projekt "Antisemitismus bekämpfen"
192 fortführen, als auch den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der BDS-Bewegung und
193 anderen Akteur*innen des aktuellen Antisemitismus verlängern. Mit uns hat
194 Antisemitismus an der Universität keinen Platz.

195
196 Rassismus und Antiziganismus sind Lebenrealität von zahlreichen Studis an der
197 Uni Münster. Wir erkennen diese Realitäten an und solidarisieren uns mit allen
198 Betroffenen. Aber bloße Solidaritätsbekenntnisse reichen nicht aus - uns ist es
199 wichtig, dafür zu kämpfen, dass BIPOC selbst mehr Gehör finden und ernst
200 genommen werden. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt des BIPOC-Referats
201 (Black, Indigenous and People of Colour), der Beauftragung für geflüchtete
202 Studierende und für die Etablierung einer Antirassismusbeauftragung ein.

203
204 Wir setzen uns auch, entgegen der noch immer bestehenden De-Thematisierung
205 deutscher Kolonialgeschichte, dafür ein, sie stetig weiter in den Fokus zu
206 rücken, aufzuarbeiten und fortwährend wirkende Strukturen sichtbar zu machen.
207 Wir erachten die Beschäftigung mit Kolonialismus als integralen Bestandteil
208 aller geisteswissenschaftlichen Fächer. Aber auch für Studierende aus
209 Fachbereichen, die bei erster Betrachtung wenig historische Bezüge haben, sind
210 diese Inhalte relevant, unter anderem um die eigenen Rassismen zu verstehen und
211 dekonstruieren zu können. Deshalb sollten sie, wenn nicht in den Fachbereichen,
212 zumindestens in den Allgemeinen Studien studiengangübergreifend die Möglichkeit
213 bekommen, sich intensiv mit der deutschen Kolonialgeschichte, in etwa mit dem
214 Völkermord an den Herero und Nama, auseinanderzusetzen.

215
216 Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir außerdem
217 umfassende Angebote, die sich auch speziell an weiße Studierende richten.
218 Konkret schlagen wir vor, Kurse zu den Themen Critical Whiteness und Allyship
219 im Rahmen der Allgemeinen Studien für alle zugänglich zu machen. Auch intern als
220 Hochschulgruppe setzen wir uns deshalb mit diesen Themen auseinander.

221
222 Rassismus ist eine strukturelle, hartnäckige Machtstruktur - deshalb müssen wir
223 ihn auch mit tiefgreifenden Strukturveränderungen angehen. Um bis dahin
224 wenigstens einen Teil der Benachteiligungen an der Uni zu bekämpfen, fordern wir
225 eine gänzliche Anonymisierung aller Prüfungsleistungen. Studierende dürfen nicht

226 aufgrund eines vermeintlich "anders" klingenden Namens benachteiligt werden.
227 Dozierende, die nicht willens oder in der Lage sind, ihre eigenen Rassismen und
228 den Eurozentrismus ihrer Lehrinhalte zu reflektieren, sondern diese bloß
229 weiterhin bestärken und reproduzieren, dürfen nicht weiter lehren. Wir
230 unterstützen hier eine unabhängige Beschwerdestelle als ersten wichtigen
231 Schritt.

232

233 Wir stehen für Selbstbestimmung und dazu gehört ausdrücklich auch, dass alle
234 Studierenden tragen können, was sie möchten. Eine Muslima, die ein Kopftuch
235 trägt, sollte sich dafür niemals rechtfertigen müssen und darf in keinem
236 Hörsaal, keiner Mensa und auch nicht in der Stadt dafür angefeindet werden.
237 Zudem fordern wir von der Universität, an allen Fachbereichen Gebetsräume für
238 gläubige Studierende zu schaffen. Die Uni Münster ist keine Campus-Universität
239 und muss auch hier ihrer dezentralen Lage gerecht werden.

240 Sexismus und Queerfeindlichkeit

241 Gemeinsam mit den verschiedenen Akteur*innen, die die O-Wochen mitgestalten,
242 sollen die O-Wochen so umgestaltet werden, dass sich alle Studierenden und
243 Anwohner*innen in der Stadt wohlfühlen. Wir setzen uns dabei für ein
244 universitätsweites Verbot der Kleiderketten, Kleiderbäume oder anderer Spiele
245 ein, die Studierende und vor allem Student*innen dazu bewegen sollen sich
246 auszuziehen oder ihre Grenzen zu überschreiten. Für die O-Woche wollen wir ein
247 Awareness-Team etablieren, welches als Ansprechpartner*in für Fachschaften,
248 Studierende und O-Gruppenleitungen dienen soll. Auch wollen wir verschiedene
249 Schutzräume in der O-Woche anbieten, die Studierenden in der gesamten Zeit zur
250 Verfügung stehen.

251 Auf dem Campus kommen verschiedene Akteur*innen zusammen. Um hier die
252 marginalisierten Statusgruppen zu unterstützen, fordern wir die Einrichtung von
253 Safe Spaces auf dem Campus. Hier kann die Vernetzung zwischen den Menschen der
254 Statusgruppen niedrigschwellig stattfinden.

255 Als feministische und progressive Hochschulgruppe sind wir der Meinung, dass
256 elitäre Männerbünde an unserer Universität keinen Platz haben sollten. Besonders
257 gilt dies natürlich für ihre nationalistische Ausprägung, die Burschenschaften.
258 Wir fordern deshalb die Streichung aller Verbindungen und Burschenschaften aus
259 der Liste der Hochschulgruppen und von der Website der Universität, insbesondere
260 der rechtsradikalen Franconia. Im AStA werden wir weiterhin kritische
261 Aufklärungsarbeit über das Verbindungswesen leisten.

262 Klassismus und Privilegien:

263 Die Kinder von Akademiker*innen und Arbeiter*innen sowie auch andere finanziell
264 und kulturell Benachteiligte starten ihren Bildungsweg nicht mit denselben
265 Chancen. Während die Kinder von Akademiker*innen häufiger ein Studium aufnehmen,
266 brechen sie es seltener ab als Kinder von Arbeiter*innen oder anderweitig
267 finanziell und kulturell Benachteiligte. Hierfür sind diverse formelle und
268 informelle Hürden verantwortlich, die wir abbauen wollen. Seien es versteckte
269 Studiengebühren wie Kosten für Laborpraktika und Exkursionen, seien es
270 Diskriminierungen aufgrund der Nichtzugehörigkeit zum klassischen akademischen
271 Milieu oder seien es fehlende Unterstützungen aus dem persönlichen Umfeld. Wir
272 wollen nicht nur die Unterstützung für finanziell und kulturell Benachteiligte
273 Studierende ausbauen, sondern auch stärker mit ihrer Statusgruppenvertretung,

274 dem autonomen Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studis,
275 zusammenarbeiten. Darüber hinaus, fordern wir zentrale Ansprechpartner*innen an
276 der Universität und Beratungsangebote in den Fachbereichen um finanziell und
277 kulturell Benachteiligte Studierende besser zu unterstützen!

278 Mit dem Kultursemesterticket leisten wir bereits heute einen solidarischen
279 Beitrag um finanzielle und kulturelle Benachteiligung abzubauen. Diesen Beitrag
280 wollen wir beibehalten und ausbauen! Dafür wollen wir weitere Partner*innen für
281 das Kultursemesterticket anwerben und die Kapazitäten bei den bereits vorhanden
282 Partner*innen erhöhen. Dies sollen unter anderem die Frauen-Sportmannschaften
283 unserer KuSeTi-Partner*innen sein, aber auch das Sommernachtskino, der
284 Allwetterzoo, den Mühlenhof, die LWL-Museen in Münster und das Planetarium
285 können wir uns als Interessante Kulturelle Orte für die Studierenden vorstellen

286 Weiter setzen wir uns dafür ein, dass die kritische Reflektion von Privilegien
287 und gesellschaftlichen Hierarchien fest im Alltag aller verankert wird. Erste
288 Schritte dazu bestehen darin, Kurse zum Thema „weiße Privilegien“ und „toxische
289 Männlichkeit“ in den Allgemeinen Studien anzubieten. Langfristig sollten diese
290 Kurse jedoch in allen Studiengängen fest verankert werden. Gerade
291 Lehramtsstudierende müssen im Umgang mit den eigenen Privilegien geschult
292 werden.

293
294 Natürlich ist uns bewusst, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft kein noch
295 so gerechtes und chancengleiches Studium zum Guten Leben für alle führt. Wer
296 keine Produktionsmittel besitzt, muss auch mit Hochschulabschluss die eigene
297 Arbeitskraft verkaufen, während die, die Produktionsmittel besitzen, den
298 Mehrwert einstreichen. Nichtsdestotrotz setzen wir uns dafür ein, dass die
299 Menschen, die noch mehr auf der Verlierseite des Kapitalismus stehen als weiße
300 Akademikersöhne, die gleichen Chancen im System Universität bekommen. Bildung
301 ist einer der Schlüssel zur universellen Emanzipation von Patriarchat, Rassismus
302 und Kapitalismus. Diversity an der Universität hat für uns also nicht zum Ziel
303 diverseres Humankapital zu produzieren, sondern bestehende gesellschaftliche
304 Hierarchien zu überwinden und letztendlich die gesellschaftlichen Zustände, die
305 diese immer wieder reproduzieren zu überwinden, letztendlich "alle Verhältnisse
306 umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein
307 verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."

308 Ferner fordern wir von der Universität eine kritische Forschung zum aktuellen
309 Wirtschaftssystem und die Arbeit an alternativen Wirtschaftsformen. Gleiches
310 gilt auch für die Lehre: Es müssen alle Wirtschaftsformen vermittelt und im
311 Sinne der pluralen Ökonomik gleichbedeutend betrachtet werden.

312 Unsere Forderungen für weniger Ungleichheit auf einen Blick:

- 313 • kein Gedenken an nationalsozialistischen ProfessorInnen an den Instituten
- 314 • kein Meter den Nazis an der Universität und in der Stadt
- 315 • Erhaltung der Beauftragungen für geflüchtete Studierende und der
316 Beauftragung Antifaschismus
- 317 • Fortschreibung des Anti-BDS-Beschlusses und Fortführung des Projektes
318 Antisemitismus bekämpfen
- 319 • Einrichtung einer unabhängigen Aufsichts- und Beschwerdestelle für
320 Rassismus-Betroffene
- 321 • Anonymisierung aller Prüfungsleistungen
- 322 • O-Wochen mit mehr Awareness begleiten
- 323 • Burschenschaften und Verbindungen aus der Liste der Hochschulgruppen
324 streichen
- 325 • kritische Aufklärungsarbeit zu Verbindungen und Burschenschaften
- 326 • Eigene Privilegien und gesellschaftliche Hierarchien hinterfragen

327

328

329 Starke und Demokratische Institutionen

330 Formulierung der UN zum SDG 16: „Friedliche und inklusive Gesellschaften für
331 eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz
332 ermöglichen und Leistungsfähige Rechenschaftspflichtige und inklusive
333 Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

334 Was wir bisher geschafft haben:

335 Bisher haben wir als ersten Schritt (gegen die Stimmen von LHG und RCDS im
336 Studierendenparlament) erreicht, dass sich die Studierendenschaft friedlichen
337 Zielen verpflichtet und dass sie sich zur Aufgabe macht, ihren Beitrag zu einer
338 nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt zu leisten.

339 Die Überführung von Projektstellen in langfristige Beauftragungen war ein erster
340 Schritt, um den engagierten Personen die Möglichkeit zu geben, langfristig und
341 effektiv für die Studierendenschaft tätig zu sein.

342 Das Controlling über die finanziellen Mittel für weitere Projekte der
343 Studierendenschaft wurde letzte Legislatur bereits verbessert und die
344 Transparenz über die verfügbaren Mittel gestärkt.

- 345 • Hier fehlt sehr sehr viel Text!
- 346 • Diverse Hochschulpolitik Projekte hier einfügen
- 347 • Studentischer (Online) Journalismus Radio

348 Was wir noch tun wollen:

349 Demokratische Universität

350 Mit dem neuen NRW-Hochschulgesetz von 2019 gibt es für zivile Universitäten in
351 NRW wieder die Möglichkeit militärische Forschung zu betreiben. Um dies zu
352 verhindern, haben wir nur ein Mittel: Unsere Universität muss sich eine strenge
353 Zivilklausel geben. Diese Zivilklausel muss unmissverständlich vorschreiben,
354 dass jede Form von Forschung an dieser Universität nur zivilen Zwecken und
355 keinesfalls militärischen Zwecken dienen darf. Es ist unser Beitrag, den wir als
356 Studierendenschaft leisten können, um die militärische Gewalt mit der Kraft
357 eines politischen Neins in ihre Schranken zu weisen und etwas für eine
358 friedlichere Welt zu tun.

359 Das Rektorat ist die Chef*innen-Etage der Universität. Aktuell sitzen hier keine
360 Studis. Dies führt dazu, dass die Beachtung studentischer Interessen im Rektorat
361 leider keine Selbstverständlichkeit ist. Um das zu ändern, fordern wir, dass
362 mindestens eine*n Prorektor*in aus der Studierendenschaft kommen muss. Mit dem
363 studentischen Prorektorat gewinnen wir als Studierendenschaft eine wertvolle
364 Instanz der studentischen Teilhabe und Mitbestimmung an unserer Universität.
365 Eine studentische Stimme in der Chef*innen-Etage bedeutet auch, dass
366 studentische Interessen nicht länger ignoriert werden können.

367 Wenn ein Studi die Initiative ergreift und sich an der Universität beteiligen
368 möchte, zeigt sich oft ein bestimmtes Problem auf: Das Verständnis der
369 Universität von Transparenz und Beteiligung ist nicht zeitgemäß. Die Strukturen
370 der Universität müssen eine Beteiligung der Studierenden ermöglichen. Dafür
371 müssen Entscheidungsprozesse transparenter werden und Studis die Möglichkeit zur
372 Beteiligung in diesen Prozessen gegeben werden. Außerdem sollten die Uni und
373 insbesondere die Verwaltung offen für Ideen und Feedback von Studierenden sein.
374 Zur Transparenz gehört, dass jede*r Studierende*r auf Anfrage alle gewünschten
375 Informationen von der Verwaltung erhalten kann, die nicht der Geheimhaltung
376 unterliegen. Jede*r Studierende*r sollte eine Art basisdemokratisches Recht
377 haben, eigene Vorschläge in die Entscheidungsprozesse der Uni einzubringen
378 (Antragsrecht). Das heißt, dass Studierende Vorschläge ausformulieren, welche
379 dann von den thematisch passenden Kommissionen der Uni aufgenommen werden. Auch
380 soll, auf Anfrage, jede*r Studierende*r zu bestimmten Gremiensitzungen
381 eingeladen werden, das Rederecht erhalten und bei Ausschluss der Öffentlichkeit
382 bleiben dürfen, sofern die Arbeitsfähigkeit des Gremiums dadurch nicht
383 beeinträchtigt wird. Anstatt einfach aus Prinzip hinter verschlossenen Türen
384 Entscheidungen zu treffen, müsste dann diese Intransparenz jedes Mal begründet
385 werden.

386 Die studentische Mitbestimmung im Senat muss signifikant steigen, da vier
387 studentische Senator*innen von insgesamt 23 Senator*innen für mehr als 40.000

388 Studis eindeutig zu wenig sind. Es ist aktuell für die Hochschullehrer*innen mit
389 ihrer absoluten Mehrheit deutlich zu leicht, die studentischen Meinung völlig zu
390 ignorieren. Als realistisches Ziel betrachten wir die Viertelparität, also eine
391 gleichberechtigte Vertretung für alle Statusgruppen, also Studis,
392 Hochschullehrer*innen, Mitarbeiter*innen aus Technik und Verwaltung und
393 akademische Mitarbeiter*innen im Senat.

394 Die bisherigen Senatswahlkreise sind im Verhältnis zur jeweiligen
395 Studierendenzahl sehr undemokratisch. So sind die einzelnen Stimmen der
396 Medizinstudierenden aktuell mehr Wert als die einzelnen Stimmen der
397 naturwissenschaftlichen Studierenden. Damit ein Wahlkreis zukünftig nicht mehr
398 nur einen Fachbereich repräsentiert, setzen wir uns für eine neue sinnvolle
399 Aufteilung mit einem annähernd gleichen Anteil an Studis ein. Deshalb ist eine
400 Abänderung der Wahlkreise notwendig. Ziel muss es sein, dass jeder Wahlkreis
401 etwa 25% der Studis repräsentiert und nicht einzelne Studienbereiche über- oder
402 unterrepräsentiert sind.

403 Niemand kennt ihn, niemand braucht ihn: Der Hochschulrat ist Unfug. Der
404 Hochschulrat besteht aus Personen, von denen mindestens die Hälfte nichts mit
405 der Universität zu tun haben darf. Dort reden und entscheiden Menschen ohne
406 Verbindung zu Studierenden über Finanzen und die strategische Ausrichtung. Dabei
407 folgt der Grundgedanke des Hochschulrats dem eines Aufsichtsrates einer
408 Aktiengesellschaft. Mit der Einführung des Hochschulrats wurde der Senat
409 eingeschränkt, obwohl der Senat direkt von allen Menschen an der Universität
410 gewählt wird. Wir wollen ein Zurück zur Demokratie, indem der Hochschulrat
411 abgeschafft wird und der Senat wieder die Funktion als höchste Instanz der
412 Universität einnehmen kann.

413 AStA & Studierendenparlament

414 Es ist unsere feste Überzeugung, dass der AStA alle Studis etwas angeht, denn
415 der AStA vertritt die Studierendenschaft und handelt in ihrem Namen. Damit
416 unsere Studierendenschaft funktioniert, braucht es Menschen, die sich an ihr
417 beteiligen. Uns ist wichtig, dass alle Studierende wissen, welche Möglichkeiten
418 es gibt, sich einzubringen. Auch ist uns wichtig, dass Unsicherheiten, die von
419 einer Teilhabe ablenken können, ausgeräumt werden, damit alle ihr volles
420 Potenzial in unserem demokratischen System ausschöpfen können.

421 Wir wollen an der intensiven Bewerbung der Hochschulwahlen festhalten und Hürden
422 für die Beteiligung an allen Wahlen verringern.

423 Wir wollen Studis, die den AStA in seinen Aufgaben unterstützen, weiter stärken.
424 Dazu wollen wir die Transparenz der Beauftragungen stärken, um dem Posten mehr
425 Gewicht zu verleihen. So können sie auch nach außen und im Kontakt mit anderen
426 Universitätsgremien effektiver auftreten und erhalten dadurch mehr
427 Handlungsspielraum. Wir setzen uns dafür ein, dass Fachschaften geringe
428 finanzielle Hürden für die Umsetzung ihrer Projekte haben. Dabei sollen die
429 Aufgaben und Größen der Fachschaften engtsprechend berücksichtigt werden.
430 Desweiteren soll evaluiert werden, wie die Fachschaftspräsenz im AStA-Plenum
431 bzw. auf der Fachschaftenkonferenz erhöht und ihre Stimmen dort gestärkt werden
432 kann. Die Kommunikationswege zwischen nicht-autonomen Referaten und Fachschaften
433 sollen ebenfalls evaluiert und verbessert werden.

434 Studentische Initiativen sollen von der Studierendenschaft gut gefördert werden.
435 Dafür wollen wir die Strukturen zur Vergabe von Zuwendungen für Initiativen
436 evaluieren sowie effizienter und nachvollziehbarer gestalten.
437 Dabei soll die Betreuung durch das Finanzreferat gestärkt werden, damit Anfragen
438 von studentischen Initiativen schneller und umfassender bearbeitet werden können.
439 Gegebenenfalls können wir uns auch eine Erhöhung der Mittel für Zuwendungen an
440 studentische Initiativen vorstellen.

441 Die Baracke wollen wir als soziokulturelles Zentrum der Studierendenschaft
442 erhalten und damit Studierenden, Statusgruppen und Studentischen Initiativen
443 einen Raum für Vernetzung, Austausch und Verständigung geben.

444 Studentische Medien

445 Mit Radio Q und dem Semesterspiegel haben wir zwei studentische Medien, welche
446 aus den Mitteln der Studierendenschaft finanziert werden. Wir wollen die
447 Autonomie beider Medien erhalten und stellen uns gegen politische Einflussnahme
448 auf Inhalte und Formate. Die Moderator*innen von Radio Q werden bereits heute
449 häufig für Veranstaltungen des AStA eingebunden. Dies wollen wir auch weiterhin
450 so halten.

451 Nach den guten Erfahrungen mit einem eigenständigeren und zugänglicheren
452 Semesterspiegel wollen wir die Struktur des Semesterspiegels hin zu mehr
453 Autonomie weiter verbessern. Dazu soll der Herausgeber*innenausschuss durch ein
454 Aufsichtsgremium aus Journalist*innen und Vertreter*innen der Studierendenschaft
455 ersetzt werden, das den Semesterspiegel in seiner Tätigkeit konstruktiv
456 begleitet. Die Redaktion soll die meisten Entscheidungen dann selbständig
457 treffen können.

458 Unsere Forderungen für Starke und Demokratische Institutionen auf einen Blick:

- 459 • strenge Zivilklausel
- 460 • studentisches Prorektorat
- 461 • Transparenz und Beteiligung an der Uni verbessern
- 462 • grundsätzliches Antrags-, Anwesenheits- und Rederecht für alle
463 Studierenden in Gremien
- 464 • Viertelparität einführen
- 465 • Senatswahlkreise anpassen
- 466 • Hochschulrat abschaffen
- 467 • Wahlbeteiligung verbessern
- 468 • Förderung von studentischen Initiativen
- 469 • RadioQ und Semesterspiegel Autonomie stärken

470 Partnerschaft und Vernetzung:

471 Formulierung der UN zum SDG 17: „Umsetzungsmittel stärken und die Globale
472 Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.“

473 Was wir bisher geschafft haben:

474 Als Uni sind wir nicht die einzige Hochschule in Münster. Auch an der
475 Fachhochschule, der Kunsthochschule und der Katholischen Hochschule sind viele
476 Studis eingeschrieben. Wir haben uns daher für regelmäßige Vernetzungstreffen
477 mit den anderen ASten in Münster stark gemacht und setzen diese auf
478 verschiedenen Ebenen wie z.B. der Semesterticket-Kommission oder dem BAföG-AK
479 um.

480 Ebenso vernetzen wir uns seit jeher mit den anderen ASten in ganz NRW über das
481 Landes-Asten-Treffen (LAT) und deutschlandweit über den “freien Zusammenschluss
482 von Student*innenschaften” (fzs). Dies haben wir bisher getan, ohne einen
483 finanziellen Beitrag zu leisten und so auf Kosten anderer Studierendenschaften
484 die Vorteile genutzt. Um solidarisch mit den anderen Studierendenschaften zu
485 handeln, haben wir daher die Vollmitgliedschaft im LAT eingeführt und beteiligen
486 uns so auch finanziell.

487 Auch führen wir gemeinsame Veranstaltungen aller ASten, wie z.B. den
488 Hörsaalclam, weiter fort und schaffen damit Verbindungspunkte der verschiedenen
489 Studierendenschaften.

490 In Zusammenarbeit mit der ausländischen Studierendenvertretung (ASV) stellt der
491 AStA nun den Bedarf für Übersetzungen fest. Ferner werden Protokolle und weitere
492 wichtige Dokumente des Studierendenparlaments übersetzt und können so von den
493 ausländischen Studierenden angefordert werden. Damit erleichtern wir
494 ausländischen Studierenden die Teilhabe und fördern die sprachliche
495 Barrierefreiheit.

496 Mit dem neuen Hochschulgesetz des Landes NRW wurden viele Entscheidungen
497 getroffen, die wir auf Landesebene stark kritisiert haben. Dazu gehört bspw. die
498 Ermöglichung von Anwesenheitspflichten in Vorlesungen. Auf Druck des CampusGrün
499 Landesverbandes haben wir jedoch erreichen können, dass die Vertretung der SHKs
500 beibehalten wird.

501 Was wir noch tun wollen:

502 Vernetzung von Gruppen

503 Die Ausländische Studierendenvertretung (ASV) ist die direkt gewählte Vertretung
504 der Studis ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Die andauernde Pandemie hat auch
505 Probleme ausländischer Studierender verschärft. Hier wollen wir in
506 Zusammenarbeit mit der ASV noch intensiver Hilfe anbieten, insbesondere in Bezug
507 auf Probleme mit Visa und finanzielle Probleme. Außerdem wollen wir die
508 Vernetzung fördern und dazu beispielsweise die ASV bei der Organisation des
509 internationalen Sommerfests weiter unterstützen, um über Vernetzung allen Studis
510 Zugänge zu Partizipation in der Studierendenschaft aufzuzeigen und zu
511 vereinfachen.

512 Ziel der SHK-Vertretung ist es, gute Arbeitsbedingungen der studentischen
513 Hilfskräfte (SHKs) zu erstreiten. Wir setzen uns dafür ein, die SHK-Vertretung

514 auch weiter zu erhalten. Außerdem müssen Interessenkonflikte klar aufgezeigt
515 werden, wenn Profs, die keine guten Arbeitgeber*innen sind, sich für eine
516 Schwächung oder Abschaffung aussprechen. Dazu soll die SHK-Vertretung stärker in
517 interne Prozesse eingebunden werden, die für die SHKs unser Uni relevant sind.
518 Zusätzlich sollen die Rechte der Vertretung an diese von Gewerkschaften
519 angeglichen werden.

520 Wir wollen uns weiterhin stark für eine regionale, nationale und internationale
521 Vernetzung (z.B. im LAT oder fzs) einsetzen. Gemeinsam können wir unsere starke
522 Verhandlungsposition z.B. für die Verhandlungen zum Semesterticket oder eine
523 Einflussnahme auf Landes- und Bundespolitik nutzen. Daher wollen wir die
524 Vernetzungsarbeit der letzten Jahre fortführen und ausbauen.

525 Um dies zu erreichen fordern wir einen Ausbau des Engagements des AStA im fzs,
526 um die Interessen der münsteraner Studis auf Bundesebene zu vertreten. Dafür
527 halten wir eine Mitgliedschaft im fzs für sinnvoll, um die Vernetzung und Arbeit
528 auf Bundesebene auch finanziell zu unterstützen und damit nachhaltig zu
529 ermöglichen. Weiter wollen wir auch eine internationale Vernetzung verstärken und
530 damit insbesondere eine internationale Verständigung fördern. Hier sind
531 insbesondere unsere Partner*innen-Universitäten in Twente, Sao Paulo, Sevilla
532 oder Taiwan zu nennen, mit denen Doppelabschlüsse eingerichtet wurden. Durch die
533 Vernetzungen der Studierendenschaften wollen wir die studentische Beteiligung in
534 den Doppelabschlüssen verbessern und auf die Ausgestaltung besser einwirken.

535 Internationalisierung

536 Wir wollen die Internationalisierung für eine bessere Verständigung, den Abbau
537 von Grenzen und dem internationalen Austausch fördern. Die Universität muss hier
538 ihren Beitrag leisten, um Incoming- und Outgoing-Students zu unterstützen. Dazu
539 gehört in erster Linie, die Internationalisierung und den internationalen
540 Austausch als eine der Kernaufgaben der Universität anzuerkennen. Mit dem
541 International Office und dem Prorektorat für Internationalisierung hat die
542 Universität schon einen Schritt gemacht um diese Aufgabe weiter zu
543 institutionalisieren. Allerdings nehmen die Fachbereiche in Lehre und Forschung
544 einen viel wichtigeren Beitrag als die zentrale Verwaltung und das Rektorat
545 wahr, weshalb genau hier das Engagement für Internationalisierung nicht im Sande
546 verlaufen darf und die Strukturen in den Fachbereichen dafür gestärkt werden
547 müssen. Hierfür wollen wir, dass Prodekan*innen für Internationalisierung in
548 jedem Fachbereich eingesetzt werden. Diese sollen, zusammen mit einem zu
549 schaffenden und paritätisch besetzten Internationalisierung-Beirat auf
550 Fachbereichs Ebene, die Internationalisierung dort vorantreiben und stärken.

551 Für Incoming-Students wollen wir das Buddy-Programm stärken, in welchem diese
552 durch einen Studi aus Münster für das Semester betreut werden. Damit sollen
553 schnell und einfach Fragen geklärt werden können und die Einbindung in die
554 Studierendenschaft erleichtert werden.

555 Die Outgoing-Students sollen über eine Erasmus-Restplatzbörse auch auf noch
556 offene Erasmus-Plätze anderer Fachbereiche und Studiengänge zugreifen können.
557 Damit verhindern wir, dass Kapazitäten nicht genutzt werden und ermöglichen mehr
558 Studierenden eine Teilnahme am "Erasmus+"-Programm.

559 Weiterhin stellen wir uns, solidarisch mit allen Studierenden weltweit, gegen
560 Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen! Diese Maßnahme erachten wir als

561 diskriminierend gegenüber allen nicht EU-Bürger*innen und als schwere Schädigung
562 des Internationalen Austausches.

563 Ebenso solidarisieren wir uns mit allen Studis, die gegen Unterdrückung,
564 Propaganda und Faschist*innen auf die Straße gehen und dabei von Staaten und
565 Polizist*innen attackiert, erniedrigt und verletzt werden! Die Universität sehen
566 wir hierbei in der Pflicht, sich gegenüber Partner*innen-Universitäten für die
567 Einhaltung von Grundrechten und für die Freiheit der Lehre und Forschung stark
568 zu machen. Ferner soll sich die Universität in ihrer Arbeit mit den Konflikten
569 befassen, Probleme benennen und im Rahmen ihrer Forschung Lösungen suchen.

570 Unsere Forderungen für Partnerschaft und Vernetzung auf einen Blick:

- 571 • Vernetzung auf Landes- und Bundesebene stärken und Belange Studierender in
572 die Politik tragen
- 573 • Stärkere Vernetzung mit der ASV
- 574 • Rechte der SHK-Vertretung stärken
- 575 • Mitgliedschaft im fzs
- 576 • Vernetzung mit Partner*innen-Universitäten
- 577 • Prodekan*innen für Internationalisierung und paritätischen
578 Internationalisierung-Beirat in jedem Fachbereich
- 579 • Fachbereich-übergreifende Erasmus-Restplatzbörse
- 580 • Keine Studiengebühren für nicht-EU Ausländer
- 581 • Solidarität mit allen Studierenden, die für ein freies und
582 selbstbestimmtes Leben und eine freie Lehre und Forschung demonstrieren.